

Warum Flüchtlinge arbeiten müssen

BARBARA JOHN UND PHILIP MARTIN

„Von der Flucht zur Bleibe“ – der Titel einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing beschreibt präzise die Herausforderung, vor der unsere Gesellschaft steht. Und der Untertitel formuliert die alles entscheidende Frage, auf die wir eine Antwort finden müssen: „Wie gelingt die Integration ins alltägliche Leben?“

Die Antwort auf diese Frage ist gar nicht schwer. Die Geschichte unseres Landes liefert die Antwort. Und auch der Blick in jene Länder, die – historisch betrachtet – Ziel von Migration sind, lässt sofort erkennen, worauf es ankommt: Menschen integrieren sich dann am besten und am schnellsten, wenn sie schnell einen Arbeitsplatz finden – und zwar im ersten Arbeitsmarkt. Alle Hürden, die der Gesetzgeber schafft, schaden den Betroffenen – und der Gesellschaft, in die sich Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten integrieren wollen und sollen.

Ein demokratisches Gemeinwesen, der Staat des Grundgesetzes setzt auf mündige Bürger. Er investiert deshalb in Bildung – mit dem Ziel, dass Menschen auf eigenen Beinen stehen und so ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten können. Die Voraussetzungen dafür sind für alle gleich – auch und gerade für Flüchtlinge: Ein eigenes Einkommen, Aufstiegsmöglichkeiten, intensive Sprachpraxis, Qualifizierungskurse am Abend, Unternehmer, die sich einsetzen für ein besseres Aufenthaltsrecht, Anerkennung durch die einheimische Wohnbevölkerung, die sie als Beitragszahler in die Sozialsysteme wahrnimmt und nicht als Profiteure des Systems.

Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Arbeitsagentur haben 2016 lediglich 34.000 Einwanderer aus den acht wichtigsten Asylländern den Schritt in den ersten Arbeitsmarkt geschafft. Doch keiner weiß, ob sie überhaupt als Flüchtlinge eingereist sind und seit wann sie schon in Deutschland leben. Als arbeitssuchende Flüchtlinge sind dagegen 406.000 Menschen registriert. Dies bedeutet: Die Integration der Flüchtlinge funktioniert nicht.

Könnte es sein, dass wir ihre Integration unbeabsichtigt verzögern, gar behindern durch unsere Fokussierung auf sequentielle Kurse, einen nach dem anderen? Anders als in der Gastarbeiterzeit (1955 bis 1973) soll das Leben der in Deutschland Aufgenommenen heute nicht mit Arbeit beginnen, sondern mit Ausbildung und Weiterbildung. Die Gastarbeiter sollten seinerzeit ja bereits nach zwei Jahren ausgetauscht werden – die Flüchtlinge von heute aber sollen bleiben können und werden schon als „Fachkräfte von morgen“ gehandelt, jedenfalls nach den Wunschvorstellungen in Wirtschaft und Politik. Zum Königsweg bei der Integration wurde von Jobcentern und Arbeitsagentur daher die „Maßnahmekarriere“ bestimmt. Also Kurse besuchen: Deutsch, Landeskunde, danach Bewerbertraining, kurzzeitige berufliche Praktika und zwischendurch vielleicht auch mal ein Ein-Euro-Job. So werden wir die Herausforderung nicht bewältigen.

Aus meiner Sicht besteht die Gefahr, dass viele Flüchtlinge trotz gut gemeinter Integrationskonzepte und Maßnahmen doch zu Langzeitarbeitslosen werden könnten. Dafür spricht, dass sich Flüchtlinge in einer völlig anderen Situation befinden als hiesige Langzeitarbeitslose, die mit Hilfe familiärer Unterstützung und Weiterqualifizierung wieder Anschluss an den Arbeitsmarkt finden sollen. Flüchtlinge dagegen stehen nach ihrer Ankunft sozial und beruflich erst einmal außerhalb der Gesellschaft. Das lässt sich auch kaum ändern, solange sie keine Netzwerke außerhalb ihres Herkunftsmilieus aufbauen können. In einer

Gemeinschaftsunterkunft kann das nicht gelingen, weil sie sich weiterhin im eigenen Herkunftsmilieu bewegen. Im Sprachkurs auch nicht, denn Deutsch spricht nur die Kursleitung. Und selbst in einer eigenen Wohnung kommt es im besten Fall nur sporadisch zu nachbarschaftlichen Kontakten mit Deutschsprachigen.

Am Arbeitsplatz aber sieht es anders aus, und, wenn die Voraussetzungen stimmen, auch an der Uni. Hier kommen Neuankömmlinge am schnellsten in direkten Kontakt mit Sprache, Kultur, beruflichen Anforderungen und sozialen Regeln unseres Landes. Außerdem schließt das Konzept „Arbeit zuerst“, Qualifizierung nicht aus. Im Gegenteil: sie ist erforderlich, um fachlich weiterzukommen, wenn man es will.

Integration durch „Arbeit zuerst“, diesen Weg legen auch die Ergebnisse einer großen Langzeituntersuchung nahe, die von der Universität von Kalifornien in Davis durchgeführt wurde. Etwa eine Million vietnamesischer Flüchtlinge wurde in den achtziger Jahren in den Vereinigten Staaten aufgenommen. Im Mittelwesten (Iowa, Minnesota) fanden viele bald nach der Ankunft niedrigschwellige Jobs in Betrieben der Fleischverarbeitung. Fast alle konnten ihren Lebensunterhalt durch Arbeit finanzieren. Anders sah es in Kalifornien aus. Dort bot man den Eingereisten ein „Empowerment-Programm“ zur Vorbereitung auf eine Erwerbsarbeit an. Während dieser Zeit wurden sie vom staatlichen kalifornischen Sozialsystem finanziert. Statt eines Arbeitsplatzes nahmen sie über längere Zeit an Sprach- und Trainingskursen teil. Die Ergebnisse waren ernüchternd. Vielen gelang der Übergang von der staatlichen Unterstützung in den Arbeitsmarkt nicht. Andere mussten sich jahrelang mit Niedrigjobs zufriedengeben, weil der Aufstieg in eine besser bezahlte und anspruchsvollere Arbeit misslang. Karrieren in leitende Tätigkeiten oder in die Selbständigkeit waren selten. Jugendliche und Heranwachsende aus erfolglosen Familien suchten später oft außerhalb des offiziellen Arbeitsmarktes eine Zukunft.

„Wir wollen kein Geld. Wir wollen Arbeit!“ Diesen Satz höre ich oft von Asylberechtigten, die mehr Unterstützung brauchen – und erwarten –, um einen Job zu finden. Sie beklagen die Gewöhnung an ein Versorgungssystem, das sie nicht verbindlich fordert, sondern abhängig macht von Leistungen ohne Gegenleistung und sie gleichzeitig von der Gesellschaft entfremdet.

Wir wissen also, wie es besser geht. Und wir sollten an den guten Beispielen Maß nehmen. Dass wir es nicht tun, ist geradezu fahrlässig. Die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, sie ist längst entschieden. Wann endlich fangen wir an, das zu gestalten, was wir gestalten müssen.

Barbara John ist Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin und Honorarprofessorin für Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität in Berlin. Von 1981 bis 2003 war sie Ausländerbeauftragte des Berliner Senats.

Philip Martin ist Professor Emeritus an der Universität von Kalifornien, Davis. Er lehrt und forscht zu vergleichenden Integrationsprogrammen und arbeitet als Berater unter anderem für die Internationale Organisation für Migration (IOM).